

# Hohenstein-Ernstthal-Grünsthaler Tageblatt

Ersteinst  
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und  
kostet durch die Aussträger pro Quartal Mk. 1.55  
durch die Post Mk. 1.92 frei in's Haus.

## Anzeiger

Inserate  
nehmen außer der Expedition auch die Anzeigen auf  
dem Lande entgegen, auch befördern die Anzeigen-  
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

für  
**Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Gernsdorf, Gersdorf,**  
**Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzsdorf, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Erzbach,**  
**Nitrsberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Trischheim, Ruzschnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.**

## Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.  
**Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.**

Nr. 41.

Sonntag, den 17. Februar 1907.

57. Jahrgang.

### 3. öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

Dienstag, den 19. Februar 1907, abends 8 Uhr  
im Sitzungssaale des Rathhauses.

Hohenstein-Ernstthal, am 16. Februar 1907.

G. Rebslob,  
Stadtverordneten-Vorsteher.

Rng.

#### Tagesordnung:

1. Kenntnisnahmen.
2. Abänderung der Marktordnung.
3. Baubedingungen für den Bebauungsplan des Postengäßchens.
4. Parallelstraße zur König Albertstraße zwischen Dift und Wülfener.
5. Arealverkauf an der Badestraße.
6. Richtigprechung der 1906er Spartenrechnung.

Zufolge anher ergangener Verordnung wird zur Kenntnis gebracht, daß  
1. die Anpflanzung von Reben in den Handelsgartenerien, sowie jeglicher Versand von Reben, Rebstößen, Rebenblättern (auch als Verpackungsmaterial), Wurzel-, Blind-Reben, gebrauchten Weinspäßen und Weinstäben aus dem Königreich Sachsen verboten ist.  
2. Der Versand von Weintrauben ohne Blätter durch das Verbot zu 1 nicht berührt wird,  
3. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmung unter 1 mit Geld bis 200 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bestraft werden.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 14. Februar 1907.

Dr. Volkner, Bürgermeister.

Rng.

### Bekanntmachung

betr. die Abänderung von § 8 der Kirchenverordnungsordnung.

Nach dem Kirchengesetz vom 22. November 1906 soll künftig nicht mehr vor jeder  
Kirchenverordnetenwahl eine besondere Wählerliste aufgestellt, sondern es soll eine jetzt anzu-  
legende, fortwährend auf dem Laufenden zu haltende Wählerliste geführt werden.

Die Anmeldungen dazu können von heute ab in den festgesetzten Geschäftsstunden  
(vorm. 1/9—1/1 Uhr, nachm. 3—6 Uhr) auf dem Pfarramt erfolgen. Dabei hat der sich An-  
meldende die Erklärung zu unterschreiben, daß er sich verpflichtet, das kirchliche Leben  
in der Gemeinde in Uebereinstimmung mit den Ordnungen der Kirche zu fördern.

Die selbstständigen Hausväter der Kirchengemeinde, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben, sie  
sien verheiratet oder nicht, werden zur Anmeldung in die Wählerliste mit dem Bemerkten aufgefordert,  
daß sie nur stimmberechtigt sind, wenn sie in die genannte Liste aufgenommen sind.

Diese Bekanntmachung bezieht sich auch auf die Kirchengemeindeglieder im Hüttengrund.

Hohenstein-Ernstthal, am 4. Februar 1907.

Der Kirchenvorstand zu St. Christophori.  
Albrecht.

### Aus dem Reiche.

#### Der Nix im bayerischen Zentrum.

Ueber die Vorgänge innerhalb der bayerischen  
Zentrumspartei finden sich in der letzten Nummer  
so widersprüchliche Meldungen, daß es den Anschein  
gewinnt, als ob tatsächlich irgend etwas zu erwarten  
sei. Nach einem Münchener Telegramm der „Allg.  
Vollstg.“ soll es sich nur um die Mißdeutung einer  
privaten Vorbesprechung zum bayerischen Parteitag  
des Zentrums handeln, einer Vorbesprechung, die  
von entschieden zentrumsstreuen Politikern ausge-  
hend, wesentlich anders läßt sich das Münchener parteilose  
Zentrumsbild vernehmen, indem es schreibt:

„Von diesen Klängen betreffend eine konservative  
Partei war schon vor der Hauptwahl zum Reichstag die  
Rede; es fand auch schon vor der Hauptwahl eine Versam-  
lung zur Besprechung dieser Frage statt. Es ist deshalb ganz  
unangebracht, diese sogenannte Spaltung mit der Stellung  
der Zentrumspartei zum Reichstag in Verbindung zu  
bringen.“

Die Hauptsache, nämlich die Abspaltung vom  
Zentrum, wird hier zugegeben. Was dabei  
herauskommt, bleibt abzuwarten; überschätzt darf der  
ganze Vorgang jedenfalls nicht werden. Daß der  
„Bayerische Kurier“ das Stichwahlbündnis  
der bayerischen Clerikalen mit der Sozialdemokratie  
als für die Abspaltung konservativer Zentrums-  
kreise belanglos hinstellen will, ist sehr begreiflich  
denn, daß gerade dieses Wahlbündnis recht geeignet  
ist, die Reihen der neuen bayerischen Konservativen  
zu verfrachten. In solcher Voraussicht ist auch ander-  
wärts von Zentrumsbildern der Täuschungsversuch  
gemacht worden, als habe es ein eigentliches Bünd-  
nis überhaupt nicht gegeben. Die Wichtigkeit der-  
artigen Bemühungen wird durch die Feststellung  
des „Bayerischen Kur.“, daß ein förmliches „Kom-  
promiß“ mit der Sozialdemokratie abgeschlossen  
und daß die Zentrumspartei „unter keinen Um-  
ständen für einen Kontraktbruch zu haben war“,  
zur Genüge erhärtet. Der Kontrakt aber ging, laut

dem „Bayerischen Kur.“, dahin: die Sozialdemokratie  
unterstützt das Zentrum in Kempten, Würzburg,  
Forschheim und erhält dafür die Zentrumshilfe in  
München I und Erlangen.

#### Sozialdemokratische Wirtschaft.

Den Beip. N. N. wird aus Berlin geschrieben:  
Der sozialdemokratische Vergarbeiter-  
verband hat seinen Verbandsausgaben für das  
Jahresbericht für 1906 überreicht. Es ist ein bemerkens-  
wertes Altkonting, das in erster Linie zeigt, wie  
das Geld der Arbeiter verpulvert  
wird, wie die Agitatoren leben  
und genießen.

Die Einnahme und Ausgabe balanciert mit 2033343  
Mk. Die Ausgabe zeigt klipp und klar, daß für die  
Wohlfahrt der Arbeiter von den eingetribenen Summen  
nichts, oder so gut wie nichts verwandt wird. Für Streik-  
unterstützungen wurden ausgegeben 651503 Mk., für  
Streikunterstützung an andere Verbände 14000 Mk.,  
Den andern Hauptteil schufen die Agitatoren. Es wurden  
ausgegeben für Ortsvereinigungen 208724 Mk., für Ver-  
waltungskosten 28968 Mk., für allgemeine Agitation  
29111 Mk., für Bezirksleiter und Agitation in den Bezir-  
ken 53072 Mk., für Generalsekretariate und Kon-  
ferenzen 23823 Mk., für Seminare, Tagungen und Kon-  
ferenzen 27062 Mk., für Reichstags- (eigene Sekretariate) 28905 Mk.,  
fremde Sekretariate 26954 Mk. Weiter finden wir  
Kosten von 16000 Mk. für die Generalkommission, von  
18577 Mk. für allgemeine Geschäftskosten, von  
133902 Mk. für Druck- und Buchbinderarbeiten.

Was bleibt denn nun für das Wohl und Wehe der  
Arbeiter übrig? Für Arbeitslosen-Unterstützung wurden  
ganze 6706 Mk. verausgabt. Wenn je ein Geschäftsbere-  
chtigter eines Gewerkschaftsverbandes den Beweis erbringen  
kann, daß von den Einnahmen des Verbandes nur die  
Agitatoren gut bezahlt werden, so hat es dieser erbracht.  
Im ganzen sind noch nicht von den 2 Millionen Mk. Ein-  
nahmen 400 000 Mk. den Arbeitern zugeflossen. Außer  
der Arbeitslosen-Unterstützung von 6706 Mk. erhielten  
die Arbeiter 63240 Mk. als Sterbegeld und 232765  
Mk. als Krankenunterstützung.

Das gesamte Vermögen des  
Verbandes beträgt 1252 645 Mk. Es hat  
sich gegen das Vorjahr 1905 nur um 26 200 Mk. er-  
höht, trotzdem die Beiträge der Mitglieder im

Jahre 1906 allein 1 587 836 Mk. betragen. Bei  
diesen schwachen Vermögensverhältnissen sollen die  
Leiter des Verbandes beabsichtigen, von einer all-  
gemeinen Lohnbewegung in diesem  
Jahre abzusehen. Mit der Agitation und  
den Vertrauensleuten soll auch manches nicht klappen.  
So macht der Vorstand bekannt, der bisherige Ver-  
trauensmann Ehrig sei seines Postens enthoben  
und nicht mehr berechtigt, Verbandsbeiträge in  
Empfang zu nehmen. Herr Sabor, der ja auch einst  
den Reichstag „zierte“, würde sagen, das läßt tief  
blicken.

#### Wie Bebel und Singer Kaisergeburtstag feierten.

Unter dieser Spitzmarke veröffentlichten wir  
nach der „Information“ ein Geschichtchen, in  
welchem geschildert war, wie Bebel, Singer  
und ein dritter Genosse in einem bekannten Wein-  
restaurant des Berliner Westens mit Sekt und  
Wein den Kummer über den schlechten Ausfall  
der Wahlen hiniunterspielten. Heute schreibt uns  
Herr Reichstagsabgeordneter August Bebel, daß  
die Geschichte von Anfang bis Ende erfunden  
und der ganze Artikel eine grobe Lüge sei. — Das  
Wort hat jetzt die „Information“, welche die Ge-  
schichte zuerst in die Welt gesetzt hat.

#### Wohin deutsche Arbeitergroßen fliehen.

Im „Bor.“ wird eine neue Quittung über  
die Sammlung für die russische Revolu-  
tionäre veröffentlicht. Danach sind deutschen Ar-  
beitern bisher im ganzen 339612,93 Mk. für die  
russischen Herren vom Dynamit und vom vergifteten  
Dolch aus der Tasche gelockt worden. Offenbar zieht  
die Sache aber nicht mehr recht; denn der sozial-  
demokratische Parteivorstand hat für den gleichen  
Zweck eine zweite, neue Sammlung einge-  
richtet unter dem Ausspruch: „Zur Förderung  
sozialdemokratischer Demawahlen in Rußland.“ Hier  
sind bisher 11675,80 Mk. zusammengebracht worden.

#### Das Weingesetz.

Dem „Pfälz. Kurier“ wird aus eingeweihten  
Kreisen folgendes bekannt gegeben: Wie wir er-  
fahren, sind die Ausläufer auf Abänderung des  
Weingesetzes entgegen den Mitteilungen der  
Fachsblätter nicht als besonders günstig zu be-  
zeichnen. Der Hauptwiderstand liegt bei Preußen,  
das durch die Notlage seiner Winzer anscheinend  
nicht berührt wird und mehr dem Standpunkt des  
freien Speises der Kräfte zu huldigen scheint. Auch  
in den Kreisen der Reichsregierung soll man keine  
große Neigung zu gesetzgeberischen Experimenten  
haben. Man weist darauf hin, daß die Zeit noch  
zu kurz sei und die Interessenten nicht einig wären.  
Der im Interesse eines einheitlichen Weinbaues und  
des Weinhandels in der Produktion liegenden zeit-  
lichen Beschränkung glaubt man nicht zustimmen zu  
können.

Ein Kongreß der Posamentierarbeiter  
und Posamentierarbeiterinnen Sachsens  
soll Ostern d. J. in Chemnitz stattfinden. Der  
Kongreß wird sich hauptsächlich mit der Agitation  
und mit der Frage der Taktik bei den Lohnkämpfen  
beschäftigen.

#### Hoffmann, der Quartaner.

Der hoffnungsvolle Sprößling des Zehn-  
gebote-Hoffmann, der von einer Berliner  
höheren Lehranstalt verwiesen wurde,  
weil er auf Geheiß seines Vaters die Schulfeier zu  
Kaisers Geburtstag geschmäht hatte, findet einen  
Sprecher im freistündigen „Berl. Tagebl.“, das sich  
zu dem folgenden Erguß aufschwingt:

„Der arme Junge muß für Sünden büßen, die  
unseres Erachtens auf beiden Seiten begangen worden  
sind. Dem Vater, der seinen Sohn die Teilnahme an den  
patriotischen Schulfeiern verbietet, kann man den Vor-  
wurf übertriebenen Eigensinns ebenso wenig erparen, wie  
der Schulbehörden der Vorwurf einer Rückständigkeit, die  
zugleich bedenklich nahe an Liebesneid grenzt. Müß  
nicht wirklich bei uns alles gleich bis zum „Konflikt“ ge-  
trieben werden?“

Der arme Junge ist allerdings zu bedauern.  
Im Hause seines Vaters, der einen hoffnungslosen  
Kampf mit der deutschen Grammatik führt, wird  
Verbandes beträgt 1252 645 Mk. Es hat  
sich eine höhere Bildung kaum aneignen können.  
Von einer Rückständigkeit der Schulbehörde kann  
aber in diesem Falle keine Rede sein. Die Maß-

regel muß vielmehr, so hart der Schüler und noch  
auch sein Vater davon betroffen wird, durchaus ge-  
billigt werden. Es ist eine unerhörte Frivolität des  
Vaters Hoffmann, wenn er die eigene minderwertige  
Besinnung seinem unerfahrenen und noch gänzlich  
weltfremden Sohn, einem Quartaner, mit Gewalt  
einimpfen und einen Zwölffährigen dahin bringen  
will, schon jetzt Gesetz und Autorität zu verachten.  
Wenn er das innerhalb seiner vier Wände tut, so  
ist es schon bedauerlich genug, läßt sich aber leider  
nicht ändern; die Schule aber muß frei bleiben von  
solchen Experimenten, schon mit Rücksicht auf die  
übrigen Schüler und deren Eltern.

Uebrigens hat Obergenosse Hoffmann gegen die  
Verweisung seines Sohnes von der 4. hiesigen  
Realschule Beschwerde eingereicht. Helfen wird  
das freilich wenig.

#### Staatsminister Bresselt.

Der frühere preussische Handelsminister Ludwig  
Bresselt ist in Freiburg i. Br., wo er seit Jahren  
lebte, gestorben. Minister Bresselt war von  
Hause aus Jurist gewesen und 1867 zur Eisenbahn-  
verwaltung übergetreten. Nachdem er 1870/71 die  
Linie Saarbrücken—Epernay verwaltet hatte, wurde  
er vortragender Rat im Handelsministerium, trat  
1881 als Direktor in das Eisenbahnministerium und  
rückte dort zum Unterstaatssekretär auf. Am 27. Juni  
1896 zum Handelsminister ernannt, erhielt am  
6. Mai 1901 nach dem Scheitern der Kanalvorlage  
seine Entlassung. Minister Bresselt hat nicht ganz  
das 70. Lebensjahr vollendet.

#### Der Fall Gaedle.

Dem früheren Oberst Gaedle wurde gestern  
durch die Staatsanwaltschaft die Kabinettsorder,  
durch die die Entziehung des Titels begrün-  
det wird, zugestellt. Gaedle richtet darauf, wie das  
„Berliner Tageblatt“ mitteilt, an die Staatsanwalts-  
schaft eine Zuschrift, in der er schreibt, die Staats-  
anwaltschaft besitze hierfür keine gesetzliche  
Zuständigkeit und Ermächtigung, sodas  
diese ungehörliche Zustellung jeder rechtlichen Wir-  
kung entbehre.

#### Geistliche Wahlbeeinflussung in den Reichsländern.

Im elsass-lothringischen Landesauschuß nahm  
Staatssekretär v. Koller zur Frage der  
geistlichen Wahlbeeinflussung Stellung.  
Wegen solcher Beeinflussung war eine Bezirks-  
wahl durch Urteil des Kaiserlichen Rates in Straß-  
burg für ungültig erklärt worden, und bald  
danach hatten die beteiligten Kreise in Eingaben an  
den Bischof gegen diese Entscheidung Verwahrung  
eingelegt. Dem Abg. Wetterlé, der das Verhalten  
der Geistlichen zu rechtfertigen suchte, antwortete  
Staatssekretär v. Koller: Was verstehen denn  
die Priester im Kreise Dammeritz  
und Hirzingen von den Befugnissen  
und den Pflichten des Kaiserlichen  
Rates? Und wäre wirklich einer darunter, der sich  
in diese Materie vertiefte, so müßte sein Protest  
an den Kirchenfürsten als kränkend und  
beleidigend für den Staat empfunden  
werden. Angenommen, die Beamten des Oberelss  
hätten sich zusammengetan und einen gemeinsamen  
Protest gegen Einrichtung der bischöflichen Diöcese  
an ihn, den Staatssekretär gerichtet, so hätte er ihnen  
erwidert: Klammert euch um eure eigenen Angele-  
genheiten und nicht um diejenigen des Bischofs.  
Ich hoffe, auch der Bischof wird seinen Priestern  
eine ähnliche Antwort geben wie diejenige, welche  
ich meinen Beamten auf ihre Protestschrift gegeben  
haben würde. Vorläufig beschränkte sich der Bischof  
auf meine Anfrage, welche Stellung er in der An-  
gelegenheit einnehme, auf die Entgegnung, er be-  
bauere, daß der Protest publik geworden sei. Ich  
bedauere das keinesfalls, im Gegenteil, meine Er-  
widerung lautet an den Bischof, er möchte erwägen,  
ob der Protest der Geistlichen gehörig war oder un-  
gehörig. (Die Antwort hierauf steht noch aus.)

#### Aus dem Auslande.

##### Die Kritik in Frankreich.

Der Senat ist zwar mit der von der Kammer  
beschlossenen Abschaffung der Pflicht vorheriger An-